

# **Gebührensatzung**

## **zur Friedhofssatzung der Gemeinde Berlstedt**

Aufgrund der §§ 19 Abs. 1 und 21 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2010 (GVBl. S. 113), der §§ 1, 2, 11 und 12 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301), zuletzt geändert am 29. März 2011 (GVBl. S. 61), und der Friedhofssatzung, erlässt die Gemeinde Berlstedt folgende Gebührensatzung für die Friedhöfe der Gemeinde Berlstedt:

### **I. Gebührenpflicht**

#### **§ 1**

#### **Gebührenerhebung**

- (1) Für die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen und Anlagen im Rahmen der Friedhofssatzung der Gemeinde Berlstedt werden Gebühren nach Maßgabe dieser Gebührensatzung erhoben.
- (2) Für besondere zusätzliche Leistungen der Gemeinde, die in den nachstehenden Bestimmungen nicht vorgesehen sind, ist ein Entgelt im Einzelfall zu vereinbaren.

#### **§ 2**

#### **Gebührensschuldner**

- (1) Schuldner der Gebühren für Leistungen oder Genehmigungen nach der Friedhofssatzung sind:
  - a) bei Erstbestattungen
    1. der Ehegatte,
    2. der Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft,
    3. der Partner einer auf Dauer angelegten nichtehelichen Lebensgemeinschaft,
    4. die Kinder,
    5. die Eltern,
    6. die Geschwister,
    7. die Enkelkinder,
    8. die Großeltern,
    9. die nicht bereits unter Ziffer 1 bis 8 fallenden Erben.
  - b) bei Umbettungen und Wiederbestattungen der Antragsteller.
  - c) wer sonstige in der Friedhofssatzung aufgeführte Leistungen beantragt oder in Auftrag gibt.
- (2) Für die Gebührenschuld haftet in jedem Fall auch
  - a) der Antragsteller,
  - b) diejenige Person, die sich der Verwaltung gegenüber schriftlich zur Tragung der Kosten verpflichtet hat.

(3) Mehrere Schuldner haften als Gesamtschuldner.

### **§ 3**

#### **Entstehung der Gebührenschuld, Fälligkeit**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht bei Inanspruchnahme von Leistungen nach der Friedhofssatzung und zwar mit der Beantragung der jeweiligen Leistung.
- (2) Die Gebühren sind sofort nach Bekanntgabe des entsprechenden Gebührenbescheides fällig.

### **§ 4**

#### **Rechtsbehelfe / Zwangsmittel**

- (1) Die Rechtsbehelfe gegen Gebührenbescheide aufgrund dieser Satzung regeln sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Durch die Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen die Heranziehung zu Gebühren nach dieser Gebührensatzung wird die Verpflichtung zur sofortigen Zahlung nicht aufgehoben.
- (3) Für die zwangsweise Durchsetzung der im Rahmen dieser Satzung erlassenen Gebührenbescheide gelten die Vorschriften des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

## **II. Gebühren**

### **§ 5**

#### **Gebühren für die Überlassung einer Urnengemeinschaftsgrabstätte**

- (1) Für die Überlassung einer Urnengemeinschaftsgrabstätte (§ 14 Abs. 3 Friedhofssatzung) für die Dauer der Ruhezeit von 25 Jahren (§ 11 der Friedhofssatzung) wird folgende Gebühr erhoben: 750,00 Euro. In der Gebühr sind folgende Leistungen enthalten: Grabstellenplatz, Grabmal mit Namensnennung, Herrichtung und Unterhaltung der Anlage.
- (2) Für die Überlassung einer anonymen Urnengemeinschaftsgrabstätte (§ 14 Abs. 4 Friedhofssatzung) für die Dauer der Ruhezeit von 25 Jahren (§ 11 der Friedhofssatzung) wird folgende Gebühr erhoben: 240,00 Euro. In der Gebühr sind folgende Leistungen enthalten: Grabstellenplatz, Herrichtung und Unterhaltung der Anlage.

### **§ 6**

#### **Gebühren für die Überlassung einer Erdgrabstätte**

- (1) Für die Überlassung einer Erdgrabstätte (§ 13 Friedhofssatzung) für die Dauer einer Ruhezeit von 25 Jahren (§ 10 der Friedhofssatzung) werden folgende Gebühren erhoben:
  - a) einstellige Grabstätte 250,00 €
  - b) zweistellige Grabstätte 600,00 €
- (2) Für die Verlängerung des Nutzungsrechts (§ 13 Abs. 3 der Friedhofssatzung) werden folgende Gebühren erhoben:

- a) bei einstelligen Grabstätten je Grabstätte und Jahr der Verlängerung 10,00 €,
- b) bei zweistelligen Grabstätten je Grabstätte und Jahr der Verlängerung 24,00 €,

## **§ 7**

### **Gebühren für die Überlassung einer Urneneinzelgrabstätte**

- (1) Für die Überlassung einer Urneneinzelgrabstätte für die Beisetzung von Aschen (§ 14 Abs. 2 der Friedhofssatzung) für die Dauer der Ruhezeit von 25 Jahren (§ 10 der Friedhofssatzung) wird folgende Gebühr erhoben: 200,00 €
- (2) Für die Verlängerung des Nutzungsrechts (§ 14 Abs. 2 Friedhofssatzung) wird folgende Gebühr erhoben:
  - bei einer Urneneinzelgrabstätte je Grabstätte und Jahr der Verlängerung 8,00 €.

## **§ 8**

### **Verlängerung des Nutzungsrechtes bei weiteren Bestattungen**

Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes ist vor jeder weiteren Beisetzung (§ 13 Abs. 3 und § 14 Abs. 2 der Friedhofssatzung) erforderlich, um die Ruhezeit von 25 Jahre zu gewährleisten. Die Gebühr beträgt pro Jahr 1/25 der jeweils gültigen Gebühr nach § 5 für die Differenz von der bereits erworbenen Nutzungszeit bis zum Ablauf der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Asche.

## **§ 9**

### **Gebühren für die Entfernung der Grabstätte**

- (1) Für die Entfernung der Grabstätte (§ 21 der Friedhofssatzung) durch ein von der Verwaltung zugelassenes und vom Nutzungsberechtigten beauftragtes Unternehmen werden keine Gebühren erhoben.
- (2) Sind für die Entfernung einer Grabstätte (§§ 21 und 23 der Friedhofssatzung) durch nicht fachgerechte oder ordnungswidrige Ausführungen Nacharbeiten erforderlich, so werden die Kosten des von der Gemeinde beauftragten Unternehmens als Gebühr zuzüglich einer Verwaltungsgebühr von 50,00 € erhoben. Für die Entfernung einer Grabstätte wegen Vernachlässigung der Grabpflege (§ 23 der Friedhofssatzung) werden Gebühren entsprechend Satz 1 erhoben.

## **§ 10**

### **Verwaltungsgebühren**

- (1) Ausstellen von Urkunden und Genehmigungen jeglicher Art 15,00 €
- (2) Umschreibung eines Nutzungsrechtes 15,00 €

## **§ 11**

### **Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Satzung treten alle bisherigen Regelungen außer Kraft.

Berlstedt, den 04.10.2011

Gemeinde Berlstedt

Engel  
Bürgermeisterin

- Rechtsaufsichtlich angezeigt am 08.07.2011.
- Rechtsaufsichtlich genehmigt durch die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 10.08.2011.
- Bekannt gemacht im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt und Buttstedt "Gemeindejournal" – 11. Ausgabe vom 04.10.2011